

„Dort, wo Demokratie ist, sind wir“

Vorstandswahlen der Landesvertretung der Alevitischen Gemeinde Deutschland in Bühl

Bühl (kkö). Großveranstaltung im Alevitischen Gemeindezentrum Bühl: Am Samstag richtete die baden-württembergische Landesvertretung der Alevitischen Gemeinde Deutschland in ihrer Vollversammlung Vorstandswahlen aus. Grußworte sprachen neben Oberbürgermeister Hubert Schnurr die Bundestagsabgeordneten Kai Whittaker (CDU), Gabriele Katzmarek (SPD) und Karin Binder (Die Linke) sowie die beiden Landtagsabgeordneten Bea Böhlen und Jörg Fritz (Die Grünen). Vor Beginn der Sitzung führten Ufuk Essiz, der als Bühler Delegierter kandidierte – er wurde später in den Vorstand gewählt –, sowie Ruhan Karakul, Vorstandsmitglied der Landesvertretung, die Gäste durch das im März offiziell eingeweihte Zentrum.

Den deutschsprachigen Teil der Sitzung – der weitere Verlauf erfolgte auf Türkisch – moderierte Karakul, die zunächst auf die vergangenen drei Jahre im Vorstand zurückblickte. „Sie waren im Vorstand zurückblickte. „Sie waren im Kampf, Widerstand und Fortschritten geprägt“, so ihr Fazit. Als tragische Momente bezeichnete sie etwa die Massaker an Aleviten in Syrien: Sie, wie auch andere Minderheiten, würden weiterhin aufgrund des Glaubens, der Herkunft oder anderer politischer Überzeugungen diskriminiert. Die alevitische Haltung dazu fasste sie in folgendem Zitat des alevitischen Volksdichters Muhlis Akarsu zusammen: „Dort, wo Demokratie ist, sind wir.“

OB Schnurr zeigte sich beeindruckt von der großen Zahl der Delegierten (insgesamt 107 waren angereist): „Das mag am Engagement der Bühler Gemeinde im Landesvorstand liegen, aber



UFUK ESSIZ (links), der als Bühler Delegierter in den Vorstand gewählt wurde, mit Vertretern aus der Politik beim Rundgang durch das Gemeindezentrum. Foto: Katrin König

auch daran, dass diese vor Ort ein gelungenes Beispiel für Integration ist.“ Würde dies überall in Deutschland auf diese Weise funktionieren, „würde Integration zum großen Teil einfach gelebt“. Die Gemeinde bejahe auch die freiheitlich-demokratische Grundordnung: „Das ist

ein Zeichen dafür, dass Ihnen die Integration und unsere gemeinsame Heimat sehr am Herzen liegen.“ Whittaker sprach über die Bedeutung der Religionsfreiheit in Deutschland und die Trennung von Staat und Religion, die er als gut und richtig erachte. Eine „abso-

lute Trennlinie“ zu ziehen, halte er indes für falsch: Staat und Religion seien durch Ziele wie die Verteidigung der Menschenwürde vereint. Mit Blick auf den Völkermord an den Armeniern sprach er von der deutschen Mitverantwortung gegenüber historischer Wahrheit und politischer Versöhnung. Katzmarek lieferte ein leidenschaftliches Plädoyer für das friedliche Zusammenleben der Menschen verschiedener Nationen und Religionen: Dafür setzten sich auch die Aleviten ein. Es gebe indes Menschen, „die versuchen, andere auszugrenzen“: Gegen sie gelte es anzugehen. Gewalt sei keine Alternative. „Wir leben in einem Land, und wir wollen gemeinsam leben.“ Sie sprach sich zudem für die Option der doppelten Staatsbürgerschaft aus.

Binder verwies auf die schwierige Situation von Minderheiten wie Aleviten und Kurden in der Türkei: Deutschland stehe in engem Kontakt mit dem Land und müsse mit dafür sorgen, dass eine historische und juristische Aufarbeitung von Verfolgung und Massakern stattfinde. Sie rief die Aleviten dazu auf, sich an den Wahlen in der Türkei im Juni zu beteiligen; Karakul äußerte in diesem Kontext die Hoffnung auf einen „positiven Wendepunkt“. Böhlen reflektierte mit einer Geschichte aus ihrem persönlichen Umfeld ihre Besorgnis über wachsende Fremdenfeindlichkeit, Fritz richtete den Blick insbesondere auf die Flüchtlinge, die Deutschland erreichen: „Wir müssen dafür sorgen, dass diese Menschen würdig aufgenommen werden und ihnen eine neue Heimat geben.“